

N i e d e r s c h r i f t

**über die konstituierende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6.
Wahlperiode am 15.12.1999
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein**

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar vertreten durch Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne
Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Warden, Marion	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Trost, Uwe	
Mittmann, Georg	
Bosbach, Hans	
Frömmer, Martin	
Herforth, Gisela	
Herschelmann, Sigrid	

Holtermann, Werner

Krämer, Guido

Lehmacher, Theo

Lehmann, Rüdiger

Peters, Kurt

Sauer, Frank

Thomanek, Georg

Waters, Thomas

Boldt, Günther

Beginn der Sitzung 17:00 Uhr

Ende der Sitzung 23:52 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. 1999/0226 Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin für die Niederschriften der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses
- Ö 3. 1999/0228 Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
- Ö 4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom ()
- Ö 5. 1999/0229 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - öffentliche Sitzung - vom 08.06.1999
- Ö 6. 1999/0227 Bestimmung von Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses für die Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften
- Ö 7. 1999/0098 Jugendwerkstatt der Stadt Monheim am Rhein
Einrichtung von zwei Maßnahmen nach den Programmen "Arbeit und Qualifizierung" (AQUA) des Landes NRW und dem "Qualifizierungszuschussprojekt" des Kreissozialamtes Mettmann
- Ö 8. 1999/0218 Abschluß einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen
- Ö 9. 1999/0225 Dezentrale Landesgartenschau 2002 - Standort Monheim am Rhein
- Finanzierung des Landesgartenschau-Projektes
- Ö 10. 1999/0214 Pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 1999
- Ö 11. 1999/0138 Satzung zur 21. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung vom 12.02.1982"
- Ö 12. 1999/0142 Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 13. 1999/0143 Satzung zur 6. Änderung der Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994

- Ö 14. 1999/0217 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein vom 08.06.1990
- Ö 15. 1999/0207 Änderung des Maßstabes für die Straßenreinigungsgebühr
- Ö 16. 1999/0162 Finanzbericht des Fachbereiches Bürgerservice und Soziale Dienstleistungen für die Monate Januar bis August 1999
- Ö 17. 1999/0222 Projekt: Haushaltsbroschüre zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements
- Ö 18. 1999/0219 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2000
- Ö 19. 1999/0220 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1999 – 2003
- Ö 20. Mündliche Anfragen
- Ö 21. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 22. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 23. Kenntnisnahme der Niederschrift vom ()
- NÖ 24. 1999/0230 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - nichtöffentliche Sitzung - vom 08.06.1999
- NÖ 25. 1999/0159 Verkauf einer ehemaligen Wegefläche im Auskiesungsgelände der Firma Braas
- NÖ 26. 1999/0195 Grunderwerbsvertrag mit der Kath. Kirche im Zusammenhang mit der Deichverlegung
- NÖ 27. 1999/0216 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung hier: Poolvertrag Kopierer
- NÖ 28. 1999/0111 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre, befristete Einstellung einer Angestellten im Kulturbüro
- NÖ 29. 1999/0179 Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre Externe Einstellung eines Technikers für den Fachbereich 3
- NÖ 30. 1999/0223 Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre; Externe Einstellung eines Beamten/einer Beamtin des feuerwehrtechnischen Dienstes
- NÖ 31. 1999/0224 Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre; Externe Einstellung eines Beamten/einer Beamtin des feuerwehrtechnischen Dienstes
- NÖ 32. 1999/0215 Stellenplan 2000
- NÖ 33. 1999/0262 Rechtsstreit Stadt Monheim am Rhein ./.. Herrn Architekten Utech
- NÖ 34. Mündliche Anfragen
- NÖ 35. Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Ö 2. 1999/0226 Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin für die Niederschriften der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses

Der Ausschuss beschließt:

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt Herrn Boldt zum Schriftführer für die Niederschriften der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses.

Für den Fall seiner Verhinderung wird Frau Kirberg als Stellvertreter/in bestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 3. 1999/0228 Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Der Bürgermeister teilt mit , dass die CDU-Fraktion zugunsten der SPD-Fraktion auf den stellvertretenden Vorsitz im Haupt- und Finanzausschuss verzichtet.

Die SPD-Fraktion schlägt Frau Wally Hengsberger zur 1. Stellvertreterin vor. Die CDU-Fraktion schlägt zum 2.stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Karl König vor.

Der Ausschuss beschließt:

Zur 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses wird Frau Wally Hengsberger gewählt. Zum 2. Stellvertreter wählt der Ausschuss Ratsherrn Karl König.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 08.06.1999
– öffentlicher Teil -**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

Ö 5. 1999/0229 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - öffentliche

Sitzung - vom 08.06.1999

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Ö 6. 1999/0227 Bestimmung von Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses für die Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften

Der Ausschuss beschließt:

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschriften des Haupt- und Finanzausschusses wird Ratsfrau Wally Hengsberger - SPD-Fraktion -, für den Fall ihrer Verhinderung Ratsherr Artur Jelinek - SPD-Fraktion -bestimmt.

Für den Fall, dass die Ausschusssitzung von der stellv. Vorsitzenden geleitet wird, unterzeichnet die Sitzungsniederschrift Ratsherr Dr. Ulrich Müller - CDU-Fraktion -, im Verhinderungsfalle Ratsherr Karl-Heinz Göbel.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 7. 1999/0098 Jugendwerkstatt der Stadt Monheim am Rhein Einrichtung von zwei Maßnahmen nach den Programmen "Arbeit und Qualifizierung" (AQUA) des Landes NRW und dem "Qualifizierungszuschussprojekt" des Kreissozialamtes Mettmann

Der Ausschuss beschließt:

1. Die Jugendwerkstatt Monheim wird beauftragt, ab dem 15.12.1999 eine einjährige Maßnahme nach dem Landesprogramm „Arbeit und Qualifizierung“ (AQUA) sowie in dem Zeitraum vom 15.12.1999 bis zum 29.02.2000 das Qualifizierungszuschussprojekt des Kreissozialamtes Mettmann durchzuführen.
2. Die Stelle des Werkanleiters der Gruppe Holzverarbeitung des AQUA-Projektes wird ab dem 01.03.2000 befristet, analog zur Dauer der Maßnahme, wiederbesetzt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 8. 1999/0218 Abschluß einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die

Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW / KTW) zwischen dem Kreis Mettmann, vertreten durch den Landrat und den kreisangehörigen Städten, jeweils vertreten durch den Bürgermeister, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 1999/0225 Dezentrale Landesgartenschau 2002 - Standort Monheim am Rhein - Finanzierung des Landesgartenschau-Projektes

Der Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob die finanziellen Folgekosten für dieses Projekt bezifferbar seien. Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung das gegenwärtig noch nicht beziffern könne. Dies sei nur eine Grobschätzung für die nachfolgende Pflege und Erhaltung der Grundstücke. Konkrete Zahlen liegen zur Zeit nicht vor.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Zur Durchführung der Landesgartenschau 2002 – Standort Monheim am Rhein, einschließlich der Skulpturenparkausstellung werden in der Investitionsplanung zusätzlich 870.000,00 DM für das Projekt *Schlosspark Marienburg* etatisiert. Der Beschluss ergeht vorbehaltlich der zugesagten Landesförderung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 1999/0214 Pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 1999

Der Ausschuss beschließt:

Die zweckgebundene, pauschalierte Zuweisung gem. § 20 GFG 1999 in Höhe von 21.545,50 DM wird, entsprechend dem Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 19.04.1999 und den vorliegenden Anträgen, zur Förderung folgender Projekte eingesetzt:

Träger	Projekt	Betrag
---------------	----------------	---------------

Kath. Pfarramt St. Gereon (Anlage 1)	Projektpartnerschaft mit dem Ort Monteredondo in Kolumbien	4.383,87 DM
Evangelische Kirchengemeinde Monheim (Anlage 2)	Partnerschaft zu dem Lukajange Dikstrikt der Karagwe Diözese in Tansania	4.383,87 DM
Geschwister-Scholl-Schule (Anlage 3)	Patenschule in Brasilien	4.383,87 DM
Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius (Anlage 4)	Unterstützung des „Marie Adelaide Leprosys Centre“ in Karatschi	4.383,87 DM
Stadt Monheim am Rhein	Maßnahmen der lokalen Agenda 21: Erstellung und Verteilung von Faltblättern, Referentenhonorare	4.000,00 DM

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 1999/0138 Satzung zur 21. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung vom 12.02.1982" / Satzung zur 21. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982“

Die Fraktionsvorsitzende der SPD ist der Auffassung, dass eine Anpassung der Gebühren nicht zwingend notwendig ist. In der Summe sei dies eine unzumutbare Belastung für den Bürger, und man werde in diesem Jahr einer Erhöhung der Gebühren auf der Basis der alten Berechnung auf keinen Fall zustimmen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass eine Unterdeckung in den Gebühren gegeben ist und dass eine Anpassung daher unbedingt erforderlich sei. Die Verwaltung sei aber bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die Straßenreinigungsgebühren mittelfristig zu senken.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass man der Vorlage zustimmen werde. Man sei der Auffassung, dass diese Erhöhung nicht so unüberwindbar schädlich erscheine. Viel wichtiger bei den Straßenreinigungsgebühren sei, dass jeder, der Gebühren dafür zahle, auch einen Anspruch darauf habe, dass die Straßen und Gehwege wirklich sauber sind. Von daher könnte die Verwaltung noch aktiver werden.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung, verbunden mit der Zusage der Verwaltung, dass die Verwaltung in Kürze versuche, an dem, was bislang erfolgt sei, weiterzuarbeiten und Möglichkeiten zu suchen, zumindestens mittelfristig die Gebühren zu senken.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die Satzung zur 21. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P)

Nein-Stimmen: 5 (SPD)

Ö 12. 1999/0142 Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, man halte den Gebührenmaßstab nicht für vernünftig. Die Fraktion sei der Auffassung, dass man von einem Gebührenmodell, das im Grunde „Müllsparen“ nicht honoriere, wegkommen müsse. Wie bisher vertrete man ein Gebührenmarkenmodell, das sicherlich mehr zum Verursacherprinzip und zu mehr Gerechtigkeit führen werde. Der Vorlage werde man daher heute nicht zustimmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, der Vorlage zuzustimmen. Man werde aber unmittelbar das umsetzen, was von den Grünen angesprochen worden ist, nämlich wie kann man dafür sorgen, dass Müll tatsächlich vermieden wird und wie kann man die restlichen Kosten gerecht verteilen, wobei es in erster Linie um das Verursacherprinzip gehe.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, dass Verträge bestehen und die Kosten zu tragen sind. Der Vertrag mit der Firma Rethmann laufe demnächst aus. Bei Abschluss eines evtl. neuen Vertrages ließen sich die Kosten ggf. reduzieren. Tatsache sei, dass die Gebühren anstehen und verteilt werden müssen. Deshalb werde man der Gebührenanhebung und der Vorlage zustimmen und sei gespannt auf die Diskussion, die demnächst anstehe.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die Satzung zur 3. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 20.12.1996“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13 (BM, 7 CDU, 5 SPD)

Nein-Stimmen: 2 (Grüne, MBM/F.D.P)

**Ö 13. 1999/0143 **Satzung zur 6. Änderung der Gebührensatzung zur
Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am
Rhein vom 23.12.1994****

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die Satzung zur 6. Änderung der „*Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994*“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 14. 1999/0217 **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die
Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der
Stadt Monheim am Rhein vom 08.06.1990****

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass er den Antrag zu dem Produkt 1.4.2.1 – Notfallrettung und Krankentransport - zurückziehe, da der Intension des Antrages durch die Verwaltungsvorlage entsprochen werde. In den Verhandlungen mit den Krankenkassen müsse für die erbrachten Dienstleistungen ein höherer Beitrag der Kassen erzielt werden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob bekannt sei, inwieweit die Kassen bereit seien, die höheren Beträge zu zahlen.

Die Verwaltung entgegnet, dass die Beträge, die man errechnet habe, eine 10 %ige Kostendeckung beinhalten. Das Ziel sei, diese Sätze in den Verhandlungen mit den Kassen auch zu erreichen. Die vorgelegten Vergleichszahlen seien überwiegend bereits mit den Krankenkassen ausgehandelte Sätze. Dass diese etwas niedriger seien, liege daran, dass in den bisherigen Verhandlungen nicht unbedingt das erreicht wurde, was sich die Städte und Gemeinden vorgestellt hätten. Die Kosten seien da und könnten anhand der Gebührenbedarfsberechnung nachgewiesen werden. Von daher sehe man gute Verhandlungschancen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 1999/0207 Änderung des Maßstabes für die Straßenreinigungsgebühr

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass man dieser Änderung nicht zustimmen werde. Man habe jetzt schon bei dem Maßstab nach lfd. Metern eine Ungerechtigkeit. Diese Ungerechtigkeit würde man bei dem Grundstücksflächenmaßstab ebenfalls haben. Über die Satzung müsse daher nochmals gesprochen werden. Die Verwaltung sollte versuchen, in die Satzung mehr Gerechtigkeit, insbesondere bei den Hinterliegern bei Reihenhäusern, zu bringen. Man stelle daher den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, die jetzige Satzung so zu ändern, dass sie gerechter wird.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man den Grundstücksflächenmaßstab für geeigneter halte. In Erkrath hätten z. B. 95 % der betroffenen Bürgerinnen und Bürger auf die Umstellung positiv reagiert. Die Grünen würden der Verwaltungsvorlage daher zustimmen.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P bemerkt, dass sie den Vorschlägen ebenfalls nicht zustimmen werde, da noch nicht klar sei, was die gerechtere Lösung ist. Man sollte sich daher Zeit nehmen und darüber noch diskutieren. Dieser Mehraufwand sei größer als es hinterher gerecht ist.

Der Bürgermeister stellt heraus, dass der Flächenmaßstab schon ein Stück gerechter sei, als das, was bisher gemacht werde. Nicht geklärt sei das Problem der Hinteranlieger.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, dass auch der, der hinten wohnt, die Straße nutzt und daher an den Kosten zu beteiligen ist. Über das Problem Hinterlieger und Frontmeter habe man schon oft diskutiert. Von daher sehe man in der Umstellung auf den Grundstücksflächenmaßstab mehr Gerechtigkeit und den richtigen Weg. Was fehlen würde, seien die finanziellen Auswirkungen. Es sollte schon gesagt werden, was das denn kostet, wenn jemand befristet eingestellt wird. Die SPD-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag so zustimmen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Hinterlieger auch bei einem anderen Maßstab genauso veranlagt werden müssen, wie die unmittelbar angrenzenden Anlieger. Eine andere rechtliche Möglichkeit gebe es nicht.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

1. In der Stadt Monheim am Rhein soll (sofern dies zeitlich möglich ist) zum **01.01.2001** die *Straßenreinigungsgebühr* nach dem Grundstücksflächenmaßstab erhoben werden.
2. Es wird eine Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre bzw. vom Einstellungsstopp beschlossen. Sachlich befristet für die Dauer der Vorbereitung auf die Umstellung des Gebührenmaßstabes soll eine geeignete Arbeitskraft eingestellt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vorarbeiten zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 (BM, 5 SPD, Grüne)

Nein-Stimmen: 8 (7 CDU, MBM/F.D.P)

Der Bürgermeister bemerkt, dass es damit bei der jetzigen ungerechten Lösung bleibe.

Ö 16. 1999/0162 Finanzbericht des Fachbereiches Bürgerservice und Soziale Dienstleistungen für die Monate Januar bis August 1999

Der Ausschuss beschließt:

Der Finanzbericht des Fachbereiches Bürgerservice und soziale Dienstleistungen für die Monate Januar bis August 1999 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 17. 1999/0222 Projekt: Haushaltsbroschüre zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements

Die Vorlage wird von den Fraktionen begrüßt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Kosten wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass die Personalressource, die von der Stadt aufgewendet wird, selbst zu tragen ist. Die Kosten für das Auflegen der Broschüre und der Erstellung des Layout sowie die Kosten für die Beteiligung eines evtl. Dritten übernimmt das Land in voller Höhe der nachgewiesenen Kosten. Mit dem Land werde ein Vertrag geschlossen. Gleichzeitig verpflichtete sich die Stadt, dieses Projekt im Rahmen einer Veranstaltung Ende März vorzustellen und zu dokumentieren. Die Auflagenhöhe der Broschüre könne die Stadt selbst bestimmen. Es müßten nur zusätzlich 1.200 Exemplare erstellt werden, die das Land im Rahmen seiner Aktion verteilen möchte.

Der Ausschuss beschließt:

Die Stadt Monheim am Rhein beteiligt sich an dem Landesprojekt „bürgerschaftliches Engagement“ und erstellt eine Broschüre zur bürgerverständlichen, transparenten Darstellung des städtischen Haushaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18.02 Uhr Bürgerfragestunde

Die Sitzung wird für die Bürgerfragestunde unterbrochen. Es werden keine Fragen gestellt.

Ö 18. 1999/0219 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2000

Der Haushalt wird auf Vorschlag des Bürgermeisters nach dem Haushaltsbuch einschließlich der vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen und der sonstigen eingegangenen Zuschussanträge Seite für Seite abgehandelt.

Verwaltungsvorstand

Seite 146 – Produkt 0.1.1.1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Stellenüberprüfung der Verwaltungskraft der Ratsfraktionen

Seitens der CDU-Fraktion wird keine Notwendigkeit gesehen, da man kein Problem damit habe. Man könnte höchstens über die Frage nachdenken, ob es einen gewissen Grundsockel geben sollte, der die Arbeit in den Fraktionen gewährleistet. Für eine generelle Erhöhung bestehe kein Bedarf. Dem Antrag in dieser Form werde man daher nicht zustimmen.

Von der SPD-Fraktion wird bemerkt, dass man die Grundausstattung und die Bewertung der Stelle für ausreichend halte. Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P äußert, dass man sich mit dem Vorschlag der CDU-Fraktion anfreunden könne. Ansonsten brauche man eine derartige Stelle nicht und beantrage dies auch nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag zurück, da man die Anregung der CDU-Fraktion für überlegenswert halte.

Seite 150 – Produkt 0.1.2.1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Streichung der Stelle „Koordinierung Verwaltungsvorstand und MVV- Gesellschaften

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, falls weiterhin die Auffassung bestehe, die Stellenplanberatungen im nichtöffentlichen Teil zu führen, möchte man diesen Antrag auch dort behandelt wissen und nicht unter diesem Produkt. Der Antrag werde bei den Stellenplanberatungen wieder aufgerufen.

Fachbereich 1

Seite 162 – Produkt 1.1.1.1

Antrag der CDU-Fraktion auf Entwicklung eines Konzeptes zur Einrichtung eines Bürgerbüros in Baumberg

Der Antrag der CDU - Fraktion wird im Rahmen dessen, was kostenmäßig möglich ist, von allen Fraktionen unterstützt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Seite 166 – Produkt 1.1.1.3

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Wegfall des Produktes „Information und Verkauf“

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert zum Antrag, man habe festgestellt, dass zu diesem Produkt „Verkauf von Werbematerial, Essenmarken etc“ in jedem Jahr ein Defizit zu verzeichnen sei. Deshalb beantrage man, dieses Produkt an private Dritte zu

vergeben bzw. auf andere Bereiche zu verlagern. Ausgenommen werden sollten lediglich der Informations- und Telefondienst sowie die Fundsachen.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P ist ebenfalls der Meinung, soweit möglich den Verkauf auf Geschäfte zu verlagern. Seitens der CDU-und SPD-Fraktion wird befürwortet, den Verkauf im Bürgerbüro zu belassen. Es sei eine Serviceleistung für den Bürger. Bei einer Einnahme von rd. 1.000 DM im Jahr laufe der Verkauf dort im übrigen nur nebenbei und bilde lediglich einen Nebeneffekt.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 2 Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion MBM/F.D.P), gegen den Antrag 13 Stimmen (BM, 7 CDU, 5 SPD)

Seite 180 – Produkt 2.2.3.1

Antrag der CDU-Fraktion „Inanspruchnahme Unterhaltspflichtiger im UVG-Bereich

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt aus, es sei hinreichend bekannt, dass sich Unterhaltspflichtige, die durchaus in der Lage seien, von der materiellen Seite her ihren Verpflichtungen nachzukommen, sich dem bewusst entziehen. Da lägen Verstöße gegen die Meldepflicht vor und dergleichen mehr. Nur um diesen Personenkreis gehe es. Das müsse von einem Rechtsstaat geahndet werden. Darauf ziele der Antrag ab, dass die Verwaltung hier aktiver wird, im Einzelfall der Frage nachgeht und im Falle eines Verdachtes die Staatsanwaltschaft einschaltet.

Seitens der SPD-Fraktion wird entgegnet, dass aus ihrer Sicht kein Bedarf für einen derartigen Antrag bestehe. Es sei sowieso eine originäre Aufgabe des Fachbereiches, in den angesprochenen Fällen Anzeige zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 9 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne)
gegen den Antrag 6 Stimmen (5 SPD, MBM/F.D.P.)

Der Bürgermeister gibt zur Kenntnis, dass hier ein weiterer Antrag vorliegt, und zwar aus der Liste der Zuschussanträge die Nr. 7 – Schuldnerberatung. Antragsteller sei die Beratungsstelle für Ehe- und Lebensfragen. Dieser Antrag sei im Fachausschuss beraten und dort einstimmig empfohlen worden. Da sich im Haupt- und Finanzausschuss kein Beratungsbedarf ergibt, wird der Antrag so genehmigt.

Seite 186 – Produkt 1.2.2.1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Konzept Sanierung Sozialstation“

Der Vorsitzende der Fraktion der Grünen bemerkt zu dem Antrag, dass mit dem jährlichen Zuschussbedarf der Sozialstation im nächsten Jahr endgültig Schluss gemacht werden muss. Die Stadt könne sich das nicht leisten. Daher müsse ein neues Konzept erarbeitet und der Vereinsvorstand entsprechend beauftragt werden.

Seitens der SPD-Fraktion wird der Antrag abgelehnt. Die Sozialstation sollte weiter unterstützt werden. Das sei damals bei der Einrichtung der Sozialstation bewusst so gewollt worden.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 10 Stimmen (BM,7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
gegen den Antrag 5 Stimmen (SPD)

Der Kämmerer weist darauf hin, dass in der Änderungsliste der um 50.000,-- DM geringere auszugleichende Verlust noch nicht berücksichtigt ist.

Seite 190 – Produkt 1.3.1.2 – Leistungen für ausländische Flüchtlinge

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Aufgabe der Gutscheinpraxis im Asylbewerberbereich“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass man die Gutscheinregelung beibehalten wolle. Dem Antrag werde daher nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 1 Stimme (Grüne)

gegen den Antrag 13 Stimmen (BM, 7 CDU, 5 SPD).

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P ist nicht anwesend.

Seite 196 – Produkt 1.3.2.1 – Ordnungsangelegenheiten

Antrag der CDU-Fraktion ; Konzept „Ordnungspolitischer Aussendienst“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, es gehe darum, dass städtische Ordnungskräfte den Außendienst und damit die Belange der Allgemeinheit unterhalb der Ebene der Polizei, z.B. bei Verunreinigungen von Gehwegen, wahrnehmen. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung , dass dieser Punkt allein nicht durchführbar ist. Man rege an, dies im Rahmen der Ordnungspartnerschaften im Gesamtzusammenhang zu sehen und fortzuführen. Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P äußert, dass sie diesen Antrag nur im Rahmen der Sicherheitspflicht der Stadt sehen könne. So sei ihr das zu weitgehend. Außerdem seien die Bürgerinnen und Bürger auch dazu aufgerufen, Eigeninitiative zu entwickeln und auf Missstände zu achten.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 8 Stimmen (BM,7 CDU)

gegen den Antrag 6 Stimmen (5 SPD, MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Antrag des Tierschutzvereins Monheim/Langenfeld e.V. auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 500,-- DM

Dem Antrag wird bei Enthaltung des Bürgermeisters einstimmig zugestimmt.

Seite 198 – Produkt 1.3.2.2 – Gewerbeangelegenheiten

Antrag der CDU-Fraktion auf Gebührenwegfall für die Durchführung von Veranstaltungen durch Vereine.

Aufgrund des Prüfungsauftrages wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass es nicht ohne weiteres möglich ist, von den Gebühren abzusehen, da diese zu erheben sind. Die Verwaltung schlage daher vor, einen Ansatz von 6.000,-- DM, was in etwa dem entspreche, was die Vereine im letzten Jahr insgesamt gezahlt hätten, auszuweisen und im Wege der Verrechnung die Zuschüsse zu zahlen.

Beschlussvorschlag:

In die Änderungsliste wird ein Ausgabeansatz von 6.000,-- DM aufgenommen mit der Bezeichnung „Zuschüsse an Vereine für Straßensondernutzungserlaubnisse“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Seite 210 – Produkt 1.4.2.1 – Notfallrettung und Krankentransport

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis zum Gesamtplan des Fachbereiches 1 mit den Änderungen: einstimmig. Die SPD-Fraktion stimmt mit Ausnahme der Punkte, die sie abgelehnt hat, dem Gesamtplan des Fachbereiches 1 zu.

Fachbereich 2

Seite 214 – Produkt 2.1.1.1 – Grundschulen

Der Bürgermeister teilt mit, dass hier etliche Anträge vorliegen würden, die komplett im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport einstimmig empfohlen worden seien und zwar die Anträge 11 bis 15 in der grünen Liste. Er gehe davon aus, dass hier im Haupt- und Finanzausschuss kein Beratungsbedarf mehr bestehe.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man über die Anträge, die einstimmig empfohlen worden seien, nicht mehr reden brauche.

Antrag der CDU-Fraktion – Nutzung Dachgeschoss Winrich-von-Kniprode-Schule

Die Verwaltung teilt mit, dass in der Diskussion in der Schulausschusssitzung darauf hingewiesen worden sei, dass eine Nutzung wie beabsichtigt durchaus möglich ist und das zu keiner Nutzungseinschränkung führe. Die Verwaltung habe den klaren Auftrag, zu prüfen, zu kalkulieren und dann umzusetzen.

Seite 218 – Produkt 2.1.1.3 – Realschule

Der Bürgermeister führt aus, dass hier jetzt noch ein Antrag der Lise-Meitner-Realschule eingegangen sei, in dem 15.000,-- DM für die Neueinrichtung der Technikräume beantragt werden.

Der Kämmerer teilt dazu mit, dass die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung des Fachausschusses beschlossen habe, 10.000,-- DM für Unterrichtsmittel bereitzustellen, die wahlweise eingesetzt werden können. Die Schule habe mit dem Antrag den Verwendungszweck vorgegeben. Die fehlenden 5.000,-- DM könnte die Schule aus der in diesem Jahr erwirtschafteten Rücklage aus dem eigenen Budget entnehmen.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass eine zusätzliche Bereitstellung der Mittel gegenüber den anderen Schulen ungerecht sei. Eine Finanzierung, wie vom Kämmerer ausgeführt, könnte so erfolgen. Wenn der Betrag von 10.000,-- DM nicht ganz reichen sollte, gäbe es andere Finanzierungsmöglichkeiten für den Restbetrag.

Der Ausschuss ist der Auffassung, dass damit kein besonderer Beschluss notwendig ist und der Antrag so wie ausgeführt behandelt werde.

Seite 227 – Produkt 2.1.1.8 – Kindertagesstätten

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass bereits dem Jugendhilfeausschuss ein Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Monheim betreffend Kindertagesstätte Schellingstraße vorgelegen habe. Es gehe um die Dachsanierung. Im Jugendhilfeausschuss sei kein Beschluss gefasst worden, sondern es sollten weitere Sachinformationen eingeholt und von der Verwaltung heute Stellung genommen werden.

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass zu der bereits im Fachausschuss verteilten Tischvorlage weiter nichts auszuführen sei. Es handele sich ganz klar um eine Umbaumaßnahme, weil eine völlig neue Dachkonstruktion entstehen soll. Ein Umbau sei eine förderungswürdige Investitionsmaßnahme. Finanziert würde die Maßnahme somit zur Hälfte vom Land, mit 25% von der Evangelischen Kirchengemeinde als Träger und mit 25% von der Stadt.

Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass der Umbau des Daches in ein Walmdach dringend erforderlich ist. Die Fraktionen stimmen dem zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, dass der Betrag von 140.000,-- DM für die Außenanlagen der Kindertagesstätte Oranienburger Straße gestrichen wurden. Man sei aber nach wie vor der Ansicht, dass die Sanierung erforderlich sei, um den Kindern angemessene Spielflächen zu geben. Man mache daher folgenden Vorschlag: Im Jahre 2000 werde

wahrscheinlich ein Landeszuschuss von 250.000,-- DM fließen. Die SPD-Fraktion beantrage, dass von diesem Betrag 140.000,-- DM für die Außengestaltung des Kindergartens Oranienburger Straße zweckgebunden unter der Voraussetzung, dass der Landeszuschuss auch tatsächlich fließt, eingesetzt werden. Sollte der Landeszuschuss nicht wie angekündigt fließen, müsse man sich im nächsten Jahr nochmal damit auseinandersetzen.

Seitens der CDU-Fraktion wird bemerkt, dass nicht über Mittel beschlossen werden sollte, die noch nicht eingetroffen sind. Zum anderen seien Außenanlagen vorhanden, die auch technisch in Ordnung sind, aber nicht den pädagogischen Voraussetzungen entsprechen. Darum gehe es.

Der Kämmerer erklärt dazu, dass man mit dem gleichen Betrag wie 1999, also mit 125.000,-- DM rechnen könne. In der Änderungsliste sei ein Betrag von 250.000,-- DM als Einnahme vorgesehen, der sich aus den Einnahmen für 1999 und 2000 zusammensetze. Der Zuschuss für 1999 sei deshalb im Jahr 2000 verbucht, weil man auch die Ausgaben, die damit finanziert werden sollen, im Jahr 2000 etatisiert habe. In der Änderungsliste seien die Mittel insgesamt als Einnahme vorgesehen. Als Ausgabe habe man Bedarfe für die Einrichtungen von Jugendlichen in mindestens dieser Höhe beschlossen.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag der SPD-Fraktion 7 Stimmen (5 SPD, Grüne, MBM/F.D.P.)

gegen den Antrag 8 Stimmen (BM,/ CDU)

Seite 230 – Produkt 2.1.2.1 – Sportplätze und Hallenservice

Antrag der SPD-Fraktion zu den Umkleidemöglichkeiten Rheinstadion

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion beantragt, Mittel in Höhe von 180.000,-- DM für die Instandsetzung der Umkleidemöglichkeiten im Rheinstadion bereitzustellen, da ein dringender Bedarf vorliege.

Die Verwaltung führt dazu aus, dass man bei der letzten Ortsbesichtigung schon festgestellt habe, dass in erster Linie der Boden marode ist. Die Verwaltung schlage vor, den Boden zu sanieren. Dazu müßten keine Mittel eingestellt werden. Die Sanierung könnte aus Unterhaltungsmitteln finanziert werden. Es könnte ein Betonboden eingegossen werden, sodass der eigentlich intakte Oberbau durchaus noch einige Jahre halten kann, bis in der Tat im Zuge einer sorgfältigen Beratung des Sportstättenkonzeptes auch eine neue Konzeption für diesen Bereich steht. Zu leisten wäre es finanziell aus dem Unterhaltungskontingent. Allerdings gäbe es dadurch keinen zusätzlichen Raum.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass in den Umkleideräumen was passieren müsse. Das habe auch die Diskussion im Fachausschuss gezeigt. Man habe sich dahingehend verständigt, dass nichts voreilig entschieden werden sollte, bevor das Sportstättenkonzept nicht vorliegt. Jetzt habe die Verwaltung erklärt, dass eine Überbrückung durch Instandsetzung des Bodens möglich sei. Diese Sanierung sei mit relativ bescheidenen Mitteln durchführbar. Zu einem späteren Zeitpunkt könne eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag der SPD-Fraktion 5 Stimmen (SPD)

gegen den Antrag 9 Stimmen (BM,7 CDU,MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Seite 232 – Produkt 2.1.2.2 Sportförderung

1. Antrag der Behinderten-Sportgemeinschaft Monheim e.V. auf einen Zuschuss für ein Hallenbossenspiel
2. Antrag des Monheimer Kanu-Clubs für Zuschüsse zu zwei Kajaks, zu den Fahrtkosten für Spitzensportler und zur 11. Monheimer Regatta

Seitens eines Sprechers der CDU-Fraktion wird mitgeteilt, dass diese Anträge bisher im Sportausschuss entschieden worden sind. Es gehe auch darum, ob diese Anträge vom Landessportbund bezuschusst werden. Der Verein müßte daher einen entsprechenden Antrag beim Landessportbund stellen. Wenn von dort ein Zuschuss gezahlt werde, bliebe von den Kosten ein gewisser Prozentsatz beim Verein und bei der Stadt. Das Verfahren sollte so beibehalten werden. Dinge, die vom Landessportbund nicht bezuschusst werden, können auch hier nicht gefördert werden. Die Anträge sollten daher an den Fachausschuss verwiesen werden. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Die Sitzung wird von 20.27 Uhr bis 20.44 Uhr unterbrochen.

Seite 234 – Produkt 2.2.1.1 – Kinder- und Jugendarbeit durch städtische Einrichtungen

Antrag der CDU-Fraktion auf Streichung des Ansatzes von 5.000,-- DM

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt dazu aus, man sei davon ausgegangen, dass so ein Gerät generell in der Verwaltung vorhanden ist und daher die Möglichkeit der Ausleihe gegeben sein sollte. Insofern könnte der Video-Beamer in Absprache auch für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: für die Streichung des Betrages von 5.000,-- DM 8 Stimmen (BM, 7 CDU);
gegen die Streichung 6 Stimmen (5 SPD, MBM/F.D.P.)
Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Seite 236 – Produkt 2.2.1.2 – Allgemeine Förderung der Kinder- und Jugendarbeit

1. Antrag der SPD-Fraktion – Einrichtung einer Stelle für eine/einen Kinder- und Jugendschutzbeauftragte(n)

Von der SPD-Fraktion wird ausgeführt, dass in Abstimmung mit allen Beteiligten der Antrag konzeptionell überarbeitet und daher für das Jahr 2000 zurückgestellt werden soll.

2. Antrag der SPD-Fraktion – Erarbeitung einer Konzeption zur Einführung des Systems „Kinderfreundliche Stadt Monheim am Rhein“

Die SPD-Fraktion erklärt, dass der Fachausschuss empfohlen habe, sich weiter mit dem Antrag zu beschäftigen. Diesem Vorschlag werde man sich anschließen.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – AB-Maßnahme zur Koordinierung der Sanierung von Kinderspielplätzen

Von einem Sprecher der CDU-Fraktion wird erwähnt, die Wahrscheinlichkeit, dass die Maßnahme nicht bezuschusst wird, sei sehr groß. Zum anderen habe man seinerzeit ein Kinder- und Jugendparlament erstellt, das vom Fachbereich Jugend mit einer halben Stelle betreut werde. Da würden diese Dinge hingehören. Man könne sich vorstellen, eine derartige Koordination vorzunehmen, nur müsse das nicht mit einer zusätzlichen Stelle geschehen. Das könne in Zusammenarbeit mit der Verwaltung – Jugendbereich erfolgen.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, im Jahr 2000 dies im Rahmen einer Gesamtkonzeption zu untersuchen. Heute sollte darüber nicht entschieden werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dem Antrag nur mit einem Sperrvermerk zustimmen zu können, was heiße, dass man nur dann darauf zurückkomme, wenn die AB-Maßnahme gefördert wird. Wenn zusätzliche Kosten entstehen, müßten andere Wege gesucht werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es für AB-Maßnahmen keine 100%ige Bezuschussung gibt. Mehrkosten entstehen also in jedem Fall. Auch die Verwaltung fügt hinzu, dass AB-

Maßnahmen nur bis zu ca. 70 – 80% gefördert würden. Für diese vorgeschlagene AB-Maßnahme sei eine Förderung relativ aussichtslos.

Der Ausschuss beschließt:

Zur Koordination der Sanierung der Spielplätze im Stadtgebiet wird zum 01.06.2000 eine AB-Maßnahme beantragt und eine entsprechende Stelle beim zuständigen Fachbereich eingerichtet und mit einem Sperrvermerk versehen. Der Sperrvermerk wird nur aufgehoben, wenn die AB-Maßnahme gefördert wird.

Abstimmungsergebnis: dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 5 Stimmen (SPD)

Seite 248 – Produkt 2.2.2.2 – Außerfamiliäre Hilfen

Antrag AWO Kreisverband Mettmann auf Bezuschussung der Personalkosten „Erziehungsbeistandschaften“

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, was der Fachausschuss empfohlen habe. Die Verwaltung entgegnet, dass der Antrag im Fachausschuss nicht behandelt worden sei.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion äußert, er würde vorschlagen, in diesem Fall genau so zu verfahren wie bei den anderen Verbänden und dem Antrag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 13 Stimmen (BM,7 CDU, 5 SPD)

Enthaltungen 2 Stimmen (Grüne, MBM/F.D.P.)

Seite 250 – Produkt 2.2.2.3 – Mitwirkung bei Gerichtsverfahren

Zusätzlicher Antrag SKFM Monheim e.V. – Personalkostenzuschuss Tunnelprojekt zur Reintegration strafunmündiger Kinder bis zu 60.000,-- DM

Die Verwaltung führt aus, dass die Angelegenheit im Jugendhilfeausschuss beraten worden sei. Es gehe darum, 60.000,-- DM als Zuschuss für eine Stelle im Haushalt einzubringen. Der Jugendhilfeausschuss habe die Angelegenheit dann in den Haupt- und Finanzausschuss vertagt, weil geprüft werden sollte, ob die Möglichkeit besteht, den Ansatz zu bilden mit einem Sperrvermerk, dass die Freigabe durch den Jugendhilfeausschuss im Frühjahr erfolgt, wenn das Projekt die Zustimmung des Jugendhilfeausschusses findet. Der Prüfungsauftrag gehe damit an den Haupt- und Finanzausschuss, ob er entscheidet, die Mittel einzusetzen und den Sperrvermerk anzubringen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion beantragt, dem mit dem Sperrvermerk so zu folgen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Seite 260 – Produkt 2.3.1.2 – Bewirtschaftung von Räumen und Gebäuden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Benutzungs- und Gebührensatzung für den Schelmenturm

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass man einen ähnlichen Antrag für die Ratssitzung am 22.12.99 eingebracht habe. Dieser sei etwas weitergehender, da er sich nicht nur auf den Schelmenturm beziehe, sondern auch auf andere repräsentative Räume. Es wäre gut, wenn man ein Konzept habe, wie die Räume genutzt werden können und welche Gebühren erhoben werden sollen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag zurück. Man werde später ggfls. Dem CDU-Antrag folgen.

Seite 262 – Produkt 2.3.1.3 – Kulturförderung

Antrag der CDU-Fraktion – Einrichtung einer zusätzlichen Instrumentallehrerstelle

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass der Fachausschuss den Antrag für den Haupt- und Finanzausschuss vertagt habe, da man sich mit dem Antrag auf eine volle Stelle schwer getan habe. Nach entsprechender Rücksprache werde man den Antrag modifizieren und beantrage nunmehr eine Teilzeitstelle, die mit etwa 60% der Kosten einer Ganztagsstelle begrenzt werden könne.

Auf die Frage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, welche finanziellen Auswirkungen diese zusätzliche Stelle verursache, entgegnet der Vorsitzende der CDU-Fraktion, dass nach den vorliegenden Informationen die 60%- Stelle im ganzen Jahr 56.000,-- DM an Kosten verursache. Dem stehen Einnahmen für das ganze Jahr von 23.000,--DM gegenüber, sodass im Jahr 2000 finanzielle Auswirkungen in Höhe von 33.000,-- DM entstehen. Von einer Befristung der Stelle sollte abgesehen werden.

Dem Antrag der CDU-Fraktion wird einstimmig zugestimmt.

Antrag St. Sebastianer-Schützenbruderschaft – zum 100jährigen Bestehen

Der Ausschuss beschließt einstimmig, der Schützenbruderschaft nach den bestehenden Regeln einen Zuschuss in Höhe von 1.000,-- DM zum 100jährigen Bestehen zu gewähren.

Seite 278 – Produkt 2.3.4.1 – Medien und Informationen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Modernisierung der Bücherei Monheim

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt aus, das Mobiliar der Bücherei Monheim sei veraltet. Da man keinerlei Vorstellungen habe, wie hoch der Bedarf für eine Neumöblierung sei, sollte die Verwaltung zunächst einen entsprechenden Prüfauftrag erhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Seite 282 – Produkt 2.3.5.1 – Stadtgeschichte

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Historischer Rundweg

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt zu dem Antrag aus, dass in Anlehnung an Stadtführer anderer Städte (z.B. Lüneburg und Worms) u.a. auch über das Jubiläumsjahr der Stadt Monheim am Rhein hinaus etwas Bleibendes zu sehen sein sollte. Es wäre sinnvoll und auch empfehlenswert, wenn man den Neubürgern einen kleinen Stadtführer überreichen könne, der u.a. auch einen historischen Rundweg beinhalte. Gastronomiebetriebe könnten aufgeführt werden, die der Tourist z.B. nach dem Rundweg aufsuchen könne. Man meine, dass ein Kostenrahmen von 10.000,-- DM ausreichend sei.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion betont, dass so ein Stadtführer zur 850-Jahr-Feier unbedingt benötigt werde. Der Kulturkompass könnte überarbeitet werden. Die Tafeln an den denkmalwerten Gebäuden seien teilweise in einem schlechten Zustand und sollten daher erneuert werden. Der Bürgermeister fügt hinzu, dass die Tafeln auch vom Betriebshof instandgesetzt werden könnten.

Die SPD-Fraktion wie auch die Fraktion MBM/F.D.P befürworten den Antrag sowie die Vorschläge des Sprechers der CDU-Fraktion. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt dazu, dass möglichst auf dem Bestehenden aufgebaut werden sollte und auch die EUROGA mit einbezogen werde.

Die Verwaltung hält es für angebracht, sich mit den Eigentümern der historischen Baudenkmale in Verbindung zu setzen (historischer Rundweg). Für den Antrag bzw. für die sonstigen Vorschläge werden 10.000,-- DM (oder wenn möglich auch ein geringerer Betrag) zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Dem Gesamtplan für den Fachbereich 2 mit den beschlossenen Änderungen wird zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Fachbereich 3

Seite 288 – Produkt 3.1.1.2 – Stadtentwicklungsplanung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan
Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass es einen weitgehend identischen Antrag der CDU-Fraktion gebe, der auch bereits beschlossen sei. Wenn dieser Antrag oder Beschluss mit beinhaltet, dass auch die Schulwegsicherung Berücksichtigung findet, dann ziehe er den Antrag selbstverständlich zurück.

Der Bürgermeister führt aus, dass der Antrag der CDU-Fraktion im Ausschuss für Planung, Umwelt, Bau und Verkehr vorberaten worden sei und einstimmig empfohlen wurde. Auf Mitteilung der CDU-Fraktion beinhaltet er auch die Schulwegsicherung.

Der Antrag der Grünen ist damit erledigt.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Schulwegsicherung in den Kosten nicht berücksichtigt sei. Hier für müssten noch bei einer Gesamtausschreibung 42.000,-- DM genehmigt werden.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt dazu, dass entsprechend dem Antrag zunächst die Ausschreibung in Einzellosen erfolgen solle. Sollte dann aufgrund der eingegangenen Angebote festgestellt werden, dass die Mittel nicht reichen, müsse man entscheiden, wie weit man die Ausführung der Arbeiten verberge. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass so verfahren werden solle.

Seite 296 – Produkt 3.1.2.1 – Stadtreinigung und Winterdienst

Die Verwaltung teilt mit, durch die Ablehnung des Vorschlages der Verwaltung, die Straßenreinigungsgebühren auf einen anderen Maßstab umzustellen, entfallen die 70.000,--DM Personalkosten, die in der Änderungsliste ausgewiesen sind.

Seite 304 – Produkt 3.1.4.1 – Stadterneuerungsmaßnahme „Berliner Viertel“

Antrag der CDU-Fraktion auf Neuordnung der Prioritätenliste für das Berliner Viertel

Die CDU-Fraktion teilt aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung, dass die Maßnahme „Brandenburger Allee“ beantragt und die Mittel genehmigt seien, mit, dass man den Antrag daher zurückziehe.

Seite 320 – Produkt 3.2.3.1 – Verkehrsflächen

Die Verwaltung teilt mit, dass im Ausschuss beantragt worden sei, den Wirtschaftsweg Deichstraße zum Rhein zu befestigen. Die Verwaltung habe damals bereits darauf hingewiesen, dass die Mittel dann entsprechend aufgestockt werden müssen. Die Kosten habe man mit etwa 40.000,-- DM kalkuliert. Diese Mittel stehen im Haushalt nicht zur Verfügung.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion schlägt vor, den Weg zu befestigen. Die Maßnahme könnte aus den für eine AB-Maßnahme eingesparten Mitteln finanziert werden.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dem Antrag so zuzustimmen.

Die Befestigung soll ohne Poller erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Seite 326 – Produkt 3.2.3.4 – Bestattungen und Friedhöfe

Antrag der CDU-Fraktion – Parkplätze Waldfriedhof

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass der Antrag im Fachausschuss wegen der unterschiedlichen Kosten des Befestigungsmaterials zurückgestellt worden sei. Nach Abschätzung der finanziellen Mittel könnte er heute beraten werden. Da die restlichen Wege am Waldfriedhof auch in roter Schüttung angelegt sind, könnte man auf das günstige Material vom Sportplatz zurückgreifen. Der Antrag werde daher befürwortet.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)
gegen den Antrag 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Dem Gesamtplan für den Fachbereich 3 mit den beschlossenen Änderungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis. dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Zentrale Dienste

Seite 336 – Produkt 4.1.1.2 – Rechtsberatung und –vertretung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Stelleneinrichtung Rechtsberatung Verwaltung und MVV-Gesellschaften

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass der Antrag im nichtöffentlichen Teil gestellt und begründet werde.

Seite 354 – Produkt 4.3.1.1 – Büroservice und Verwaltungsbücherei

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Verwaltungsinterne Kopieaufträge

Der Antrag wird vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen komplett zurückgezogen, weil man noch über eine dringliche Entscheidung zu beraten habe.

Seite 364 – Produkt 4.4.1.2 – Gebäudereinigung

Antrag der CDU-Fraktion vom 30.11.99 auf Fremdvergabe der Gebäudereinigung im Grundschulzentrum Monheim-Süd als Pilotprojekt für 2 Jahre

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion begründet nochmals den Antrag. Man sei der Meinung, es als Pilotprojekt so zu versuchen. Eine Begründung basiere auf dem Bericht des Gemeindeprüfungsamtes, der aufzeige, dass in diesem Bereich ein Einsparungspotential von rund 1 Million DM vorhanden ist. Das wolle man mit diesem Pilotprojekt feststellen, wie weit Einsparungsmöglichkeiten genutzt werden können.

Von der SPD-Fraktion wird erklärt, dass man gegen eine Fremdvergabe sei und den Antrag daher eindeutig ablehne. Die Ausführungen des Gemeindeprüfungsamtes seien nach Ansicht der SPD-Fraktion überzogen.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P ist der Meinung, dass Pilotprojekt so durchzuführen. Nur sei ihr nicht klar, warum gerade die Grundschule Monheim-Süd dazu ausgewählt worden sei.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass man zwar wirtschaftlich arbeiten müsse und sich auch dem Vergleich stellen sollte, aber von einem Einsparpotential von 1 Million DM auszugehen sei mehr als fraglich. Das Gemeindeprüfungsamt gehe bei dem Vergleich nach seiner Meinung von der Situation bei der Kreisverwaltung aus, und die sei eine ganz andere. Man sei daher gegen den Antrag in dieser Form, da zu viele Unwegbarkeiten darin enthalten seien. Wenn allerdings noch 2 Jahre bis zum Ende der Laufzeit der Dienstvereinbarung gewartet werde, hätte der Reinigungsdienst genügend Zeit gehabt, die Dienstvereinbarung auch umzusetzen. Dann könne der Schnitt gemacht werden. Er sei also der Meinung, noch 2 Jahre zu

warten und dann zu vergleichen, auch in Form eines Pilotprojektes. Zum jetzigen Zeitpunkt halte man nichts davon.

Der Bürgermeister bemerkt, es sei die Frage, wie lange man noch frei darüber entscheiden könne, da ab dem Jahr 2001 mit einem Haushaltssicherungskonzept zu rechnen sei, was bedeute, dass alles auszuschöpfen ist, u.a. auch der Reinigungsdienst. Eine Prüfung sollte daher jetzt anlaufen. Man hätte als Modellversuch auch ein anderes Objekt wählen können. Der Antrag der CDU-Fraktion sollte mit dazu beitragen, ein Haushaltssicherungskonzept zu verhindern. Wenn die Stadt jetzt keine Entscheidungen treffe, würde ihr das früher oder später abgenommen.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag der CDU-Fraktion 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

gegen den Antrag 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Seite 370 – Produkt 4.5.1.1 – Betriebshof

Antrag der CDU-Fraktion vom 30.11.1999

Die in dem Antrag enthaltenen 6 Punkte werden vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion erläutert und begründet.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man dem Antrag insgesamt nicht folgen könne. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man keine Meinung zu den Einzelpunkten des Antrages habe. Daher werde er sich der Stimme enthalten. Richtig sei, dass unbedingt Handlungsbedarf bestehe. Ob es mit einer Privatisierung getan sei, würde man bezweifeln.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P. bemerkt, dass gerade auch Grünflächen von Privaten gut bestellt werden können. Bei einem Wettbewerb könne man auswählen. Natürlich könnten dann auch Kleinunternehmen in Monheim damit gefördert werden. Von daher sei es für sie auch keine Gruselvorstellung, in ein paar Jahren ggfls. keinen Betriebshof mehr zu haben.

Abstimmungsergebnis: für den Antrag der CDU-Fraktion mit allen 6 Punkten

9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

gegen den Antrag 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Dem Gesamtplan für den Fachbereich „Zentrale Dienste“ mit den beschlossenen Änderungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Allgemeine Finanzwirtschaft

Seite 374 – Produkt 5.1.1.1 – Grundsteuern

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung empfohlen habe, den Hebesatz für die Grundsteuer B von 340% auf 360% anzuheben.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, dass man grundsätzlich nichts gegen eine Anhebung der Grundsteuer habe, soweit es klar und erkennbar ist, dass es eine zeitlich begrenzte Einnahme für ein bestimmtes Projekt ist, was im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger liegt. Dann könnte die Anhebung unterstützt werden. Das treffe für die geplante Grundsteueranhebung nicht zu. Es widerspreche den Anforderungen des Kämmerers bei der Haushaltsplaneinbringung und es widerspreche den Aussagen des Bürgermeisters, der von Wahrhaftigkeit und Redlichkeit gesprochen habe. Es habe auch nichts damit zu tun, dass man beantragt habe, einen Weg zu finden, wie die Deichkosten finanziert werden sollen. Diese Anhebung im Haushaltsplan 2000 werde von der SPD-Fraktion nicht unterstützt.

Der Bürgermeister bemerkt, dass es sich bei der Grundsteuer B um ein allgemeines probartes Finanzierungsmittel handelt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, es gelte, in diesem Jahr das Defizit im Haushalt abzubauen und zum anderen einige größere Projekte, die man angekündigt habe, umzusetzen, wie z. B. den Sportplatz an der Sandstraße und notwendige Maßnahmen im großen Bereich der Schulen. Das ergebe eine ganze Reihe von Investitionen, die unbedingt notwendig sind. Der Reformstau müsse abgebaut werden. In diesem Jahr habe man aufgrund des Haushaltes noch die Möglichkeit. Die Erhöhung der Grundsteuer B werde daher auch mitgetragen. Es habe zwischen allen Beteiligten Einigkeit bestanden, dass zur Finanzierung der Deichbaumaßnahme alle Monheimer Bürgerinnen und Bürger gleichmäßig zu dieser für die Stadt so lebenswichtigen Maßnahme herangezogen werden. Das sollte über die Grundsteuer B geschehen. Die Grundsteuer B werde auch sicherlich zu anderen Maßnahmen herangezogen. Sie müsse aber für diese Deichbaumaßnahme eingesetzt werden, damit auch das Ziel erreicht werde, alle an den Kosten des Deiches zu beteiligen. Es werde von der CDU-Fraktion aber ausdrücklich erklärt, dass es im Haushalt des Jahres 2004 diese Erhöhung nicht mehr geben wird. Sie wird dann spätestens zurückgenommen.

Der Kämmerer bemerkt, dass die Erhöhung der Grundsteuer 600.000,-- DM ergebe. In der Vorlage habe die Verwaltung dazu erläutert, dass dieser Betrag im Vermögenshaushalt nicht zur Finanzierung von investiven Ausgaben verwendet wird, sondern er solle in der Rücklage verbleiben zur Deckung des Fehlbetrages im Jahre 2001, das heiße, die Erhöhung dieser Grundsteuer werde ziemlich exakt angesammelt, um im nächsten Jahr zusätzlich zur Verfügung zu stehen.

Nach weiterer Diskussion empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss, den Hebesatz für die Grundsteuer B von 340% auf 360% anzuheben.

Abstimmungsergebnis: dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Dem Gesamtplan für den Fachbereich 5 – Allgemeine Finanzwirtschaft – mit den beschlossenen Änderungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2000 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit,
- b) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

Abstimmungsergebnis:
dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2000 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2000 zugrunde liegende Investitionsprogramm 1999 bis 2003 aufgenommen.

Das so zu berichtigende Investitionsprogramm wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 20. mündliche Anfragen

Keine mündlichen Anfragen

Ö 21. mündliche Mitteilungen

Keine mündlichen Mitteilungen